

**Oktober 2021**

---

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im  
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Wahlausgang: allein SPD-Anhänger mehrheitlich zufrieden.....	2
Politikerzufriedenheit: Scholz, Habeck und Lindner legen zu .....	3
Scholz sehen 63 Prozent, Laschet 14 Prozent als guten Kanzler.....	4
Nächste Bundesregierung: Sechs von zehn für SPD-geführtes Kabinett.....	5
Koalitionsbewertungen: Ampel besser bewertet als Jamaika .....	6
Grünen-Anhänger mit großen Vorbehalten gegenüber Jamaika.....	7
Tempolimit und Steuern als mögliche Streitpunkte von Koalitionsverhandlungen .....	8
Sorge vor bevorstehender Corona-Welle niedriger als im Sommer.....	10
Zuspruch für Abschaffung der Maskenpflicht im Unterricht.....	11
Studieninformation.....	13

## Zusammenfassung

Am 26. September fand die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Mehrheitlich zufrieden sind mit dem Wahlausgang allein die SPD-Anhänger. Während sich in den Reihen der Grünen positive wie negative Urteile etwa die Waage halten, überwiegt bei den übrigen Parteien die Enttäuschung, am deutlichsten bei den Anhängern von Union und AfD. Das Wahlergebnis vom 26. September legt keine Koalition eindeutig nahe. Nicht nur die personellen Sympathien der Bundesbürger fallen eineinhalb Wochen nach dem Urnengang jedoch klar zugunsten der SPD aus. Olaf Scholz wird durch sechs von zehn Bundesbürgern positiv bewertet, Armin Laschet durch 14 Prozent. Während 14 Prozent Armin Laschet zutrauen, ein guter Kanzler zu sein, sind es bei Olaf Scholz knapp zwei Drittel. Auch die Regierungspräferenzen der Bundesbürger favorisieren am Beginn von Sondierungen die SPD: Gut sechs von zehn Wahlberechtigten sprechen sich für ein Kabinett unter ihrer Führung aus, jeder Vierte für eine Regierung unter Unions-Führung. Zugleich bewertet gut die Hälfte eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP positiv, während eine Jamaika-Koalition aus Union, Grünen und FDP von nur jedem Vierten wohlwollend betrachtet wird. Ein politisch derzeit nicht diskutiertes, rechnerisch gleichwohl mögliches Bündnis von SPD und Union überzeugt nur knapp jeden fünften Bundesbürger.

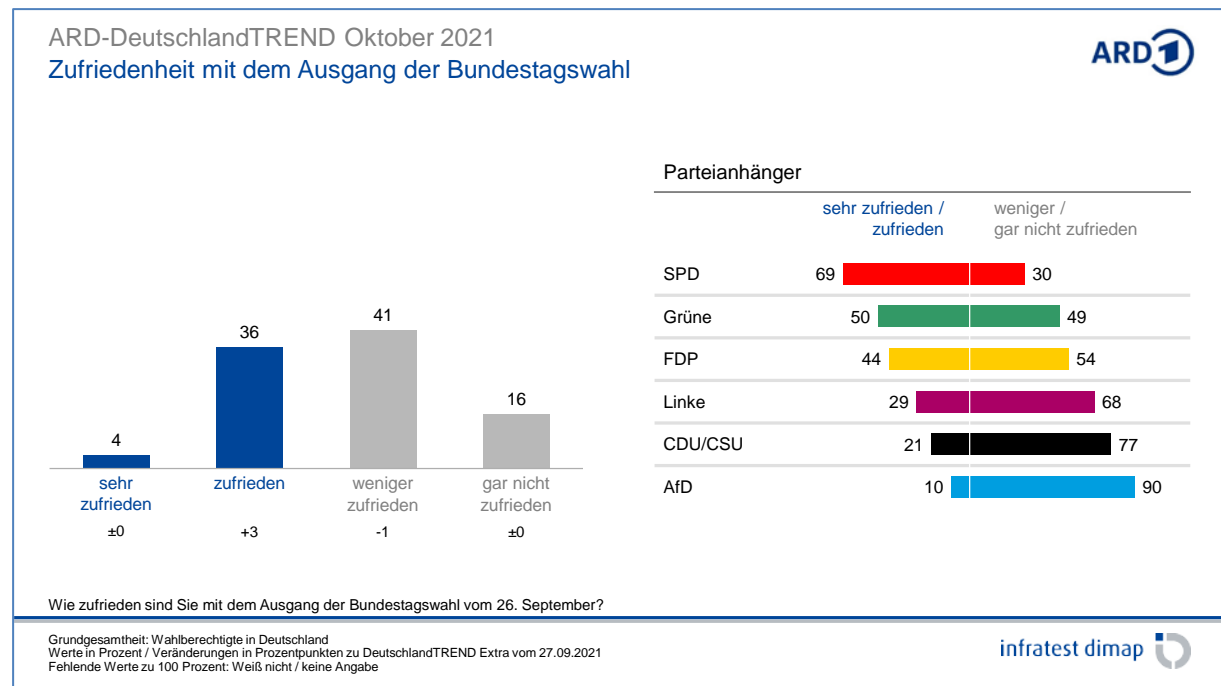
Welches Bündnis schlussendlich zum Zuge kommt, hängt nicht zuletzt von Grünen und FDP ab. Beide Parteien wollen zunächst Gespräche mit der SPD aufnehmen, betrachten eine Jamaika-Koalition aber weiterhin als Option. Die Grünen-Anhänger selbst bewerten eine Ampel-Koalition mehrheitlich positiv, sehen dagegen ein Jamaika-Bündnis deutlich kritisch. Gut sechs von zehn der Grünen-Anhängern glauben zudem, dass ein Jamaika-Bündnis ihrer Partei langfristig schaden würde. Entsprechend ziehen sie ein SPD-geführtes Kabinett einem Bündnis unter Unions-Führung eindeutig vor. Im Vergleich hierzu sind die FDP-Anhänger in ihrem Urteil weniger klar. Aber auch sie bewerten eine Ampel-Koalition besser als ein Jamaika-Bündnis. Ebenso findet ein SPD-geführtes Kabinett bei ihnen derzeit eine größere Unterstützung als eine Bundesregierung unter Unions-Führung. Dass die Liberalen in einer Ampel-Koalition langfristig Schaden nehmen werden, glaubt gut jeder dritte FDP-Anhänger. Etwa die Hälfte von ihnen rechnet jedoch damit, dass der FDP ein solches Bündnis auf lange Sicht nutzen wird.

Als mögliche Streitpunkte von Koalitionsgesprächen gelten Fragen der Arbeitsmarkt-, Verkehrs- und Steuerpolitik. Am wenigsten umstritten ist in der Bevölkerung eine Mindestlohnhebung auf 12 EUR, wie sie von der SPD im Wahlkampf gefordert wurde. Einen solchen Schritt befürworteten drei Viertel der bundesdeutschen Wahlberechtigten, er findet auch Zuspruch bei den Anhängern von Union und FDP. Kontroverser wird in der Bevölkerung, vor allem aber in den Reihen potenzieller Koalitionspartner, die Grünen-Forderung nach einem generellen Tempo-Limit von 130 km/h auf Autobahnen diskutiert: Die Hälfte der Bundesbürger befürwortet dessen Einführung, gut vier von zehn lehnen es ab. Neben den Grünen-Anhängern stehen die SPD-Wähler einem solchen Tempolimit offen gegenüber. Dagegen stößt ein Tempolimit in den Reihen der Union, mehr noch aber der FDP auf Widerspruch. Für ähnlichen Konfliktstoff sorgen unterschiedliche steuerpolitische Positionen der Parteien. Einen Verzicht auf Steuererhöhungen, ein zentraler Programmpunkt von FDP und Union im Bundestagswahlkampf, unterstützen 39 Prozent der Bundesbürger, 57 Prozent würden Steuererhöhungen für einzelne Bevölkerungsgruppen durchaus begrüßen. Während die FDP-Anhänger einen generellen Verzicht auf Steuererhöhungen am deutlichsten unterstützen, befürworteten die Grünen-Anhänger mehr noch als die SPD-Wähler Steuererhöhungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Die Corona-Infektionslage war in Deutschland zuletzt leicht rückläufig. Vor einem deutlichen Anstieg der Infektionszahlen in den kommenden Wochen sorgen sich gut vier von zehn Bundesbürgern und damit deutlich weniger als noch im Juli. Die aktuell geltenden Corona-Maßnahmen betrachten ähnlich wie im Sommer sechs von zehn im Grundsatz als angemessen, was die Befürwortung von Lockerungen in Einzelbereichen jedoch nicht ausschließt. So unterstützen sechs von zehn Bundesbürgern eine Abschaffung der Maskenpflicht in Schulen, bei den Eltern von Schulkindern sind es sieben von zehn.

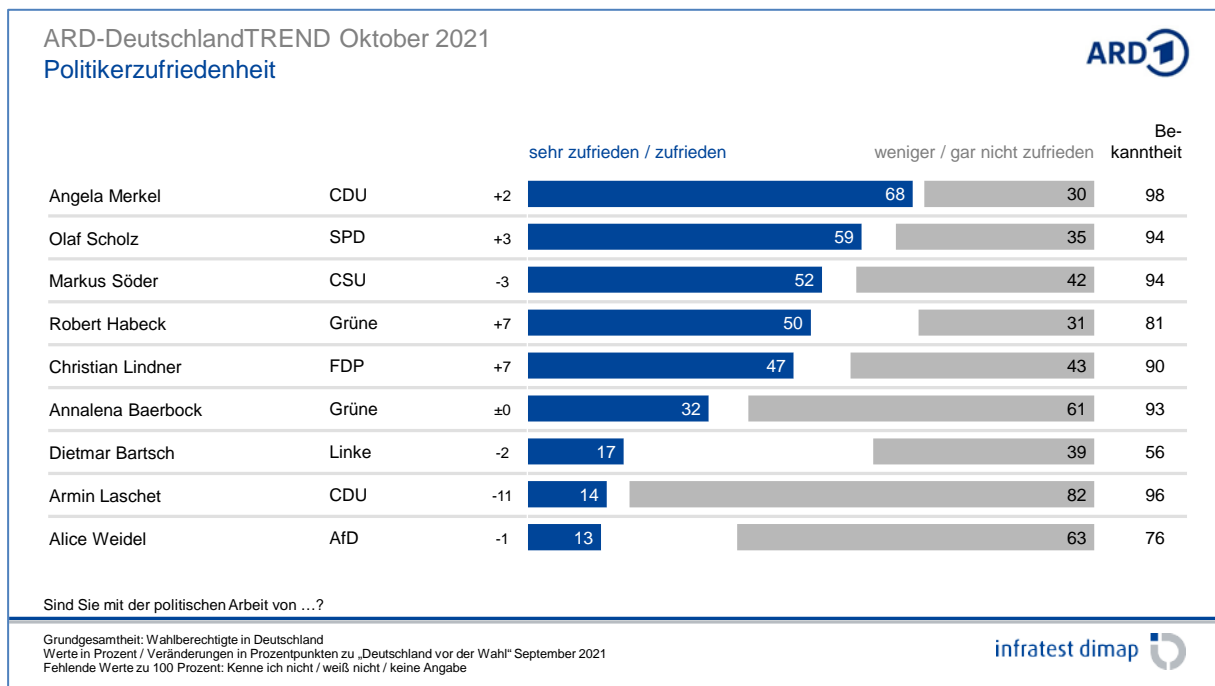
## Wahlausgang: allein SPD-Anhänger mehrheitlich zufrieden

Am 26. September fand die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Mehrheitlich zufrieden äußern sich zum Wahlausgang mit 69 Prozent allein die Anhänger der SPD. Trotz Rekordergebnis halten sich in den Reihen der Grünen (50:49 Prozent) positive wie negative Urteile nur etwa die Waage. Die Anhänger von FDP (44:54 Prozent) sind eher unzufrieden, noch mehr die der Linken (29:68 Prozent). Am größten aber ist die Enttäuschung über den Wahlausgang eineinhalb Wochen nach dem Urnengang bei den Anhängern von Union (21:77 Prozent) und AfD (10:90 Prozent). Unter den Wahlberechtigten insgesamt geben sich 40 Prozent zufrieden, während 57 Prozent zu einer kritischen Bewertung des Wahlausgangs gelangen.



## Politikerzufriedenheit: Scholz, Habeck und Lindner legen zu

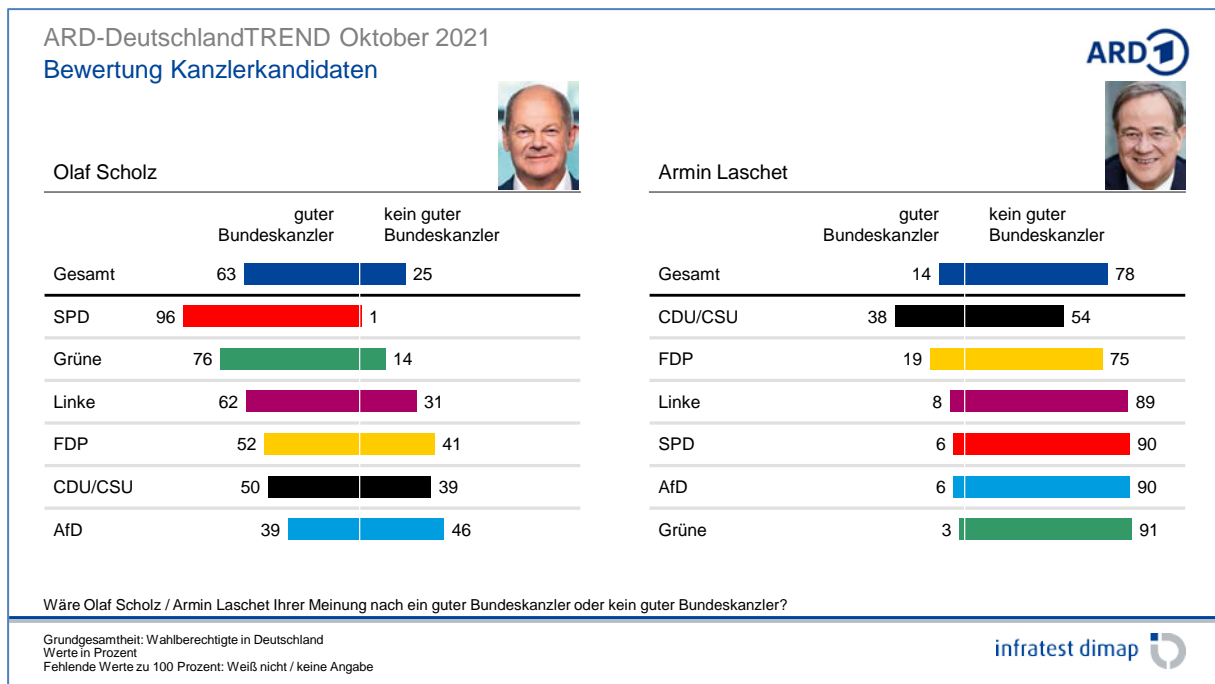
Das Wahlergebnis vom 26. September legt keine Koalition eindeutig nahe. Die personellen Sympathien der Bundesbürger fallen eineinhalb Wochen nach dem Urnengang allerdings klar zugunsten der SPD aus. Olaf Scholz wird aktuell durch sechs von zehn Bundesbürgern (59 Prozent) positiv bewertet, mehr als in der Woche vor der Wahl. Armin Laschet hat dagegen in den Tagen nach der Wahl deutlich an Rückhalt eingebüßt. Mit einem Zuspruch von 14 Prozent belegt der CDU-Parteivorsitzende im aktuellen Bevölkerungsurteil den vorletzten Platz und erreicht im ARD-DeutschlandTREND einen neuen persönlichen Tiefstand.



Deutlich an Bevölkerungsrückhalt zulegen konnten in den Tagen nach der Wahl die Parteivorsitzenden von Grünen und FDP, die in den ersten Sondierungsgesprächen ihrer Parteien eine tragende Rolle einnahmen. Robert Habeck erreicht mit einem Zuspruch von aktuell 50 Prozent einen neuen persönlichen Bestwert im ARD-DeutschlandTREND (+7 zur Vorwahlwoche). Christian Lindner (+7 zur Vorwahlwoche) liegt in der Bewertung der Wahlberechtigten mit 47 Prozent so gut wie vor vier Jahren, als sich die FDP in Sondierungsgesprächen für eine Regierungsbildung im Bund befand. Beide Politiker bleiben damit nur knapp hinter CSU-Parteichef Markus Söder, mit dessen Arbeit derzeit 52 Prozent (-3) zufrieden sind. Anders als ihr Co-Parteivorsitzender verharrt Annalena Baerbock mit 32 Prozent auf dem Zustimmungsniveau der Vorwahlwoche. Auch die Spitzenkandidaten von Linken und AfD, Dietmar Bartsch (17 Prozent; -2) und Alice Weidel (13 Prozent; -1) werden etwa ähnlich bewertet wie in der Woche vor der Wahl.

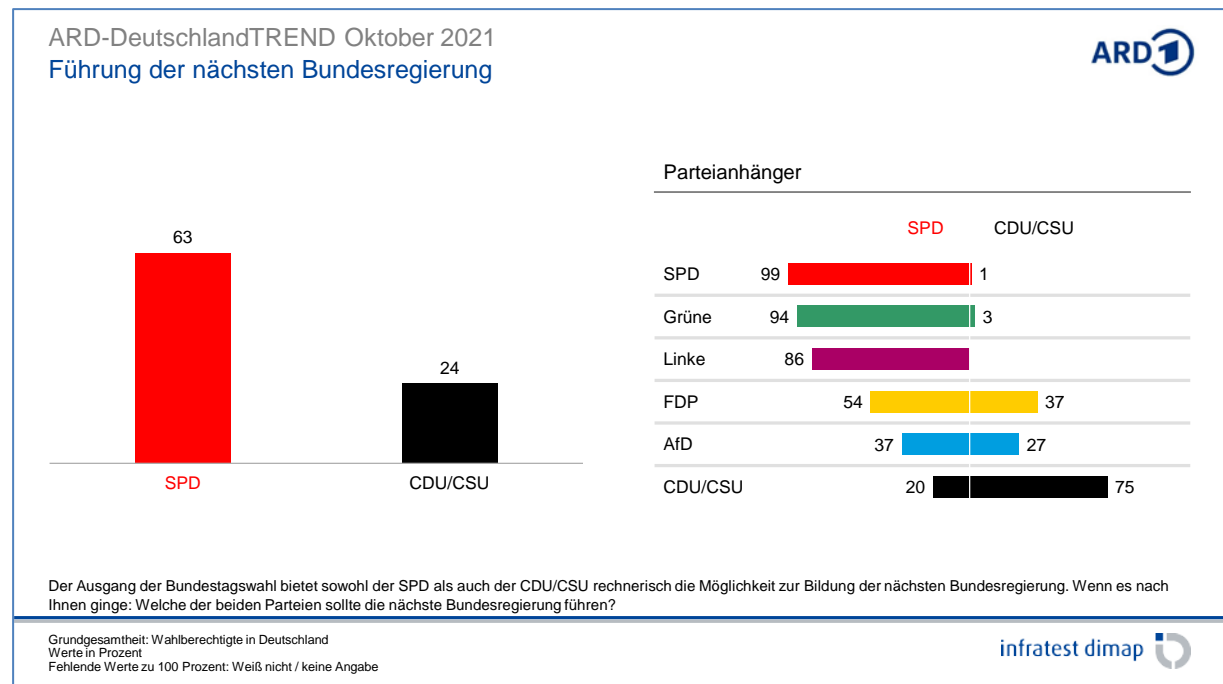
## Scholz sehen 63 Prozent, Laschet 14 Prozent als guten Kanzler

Angesichts seines Popularitätsrückstandes fällt es Armin Laschet sichtbar schwerer als Olaf Scholz, die Bundesbürger von sich als künftigen Regierungschef zu überzeugen: Während nur 14 Prozent der Wahlberechtigten dem CDU-Politiker zutrauen, ein guter Kanzler zu sein, sind es bei Olaf Scholz knapp zwei Drittel (63 Prozent). Die SPD-Anhänger sind von der Kanzlerfähigkeit ihres Mannes mit 96 Prozent faktisch geschlossen überzeugt. Bei den Unions-Anhängern sind es mit Blick auf Armin Laschet nur vier von zehn (38 Prozent). Von den FDP-Anhängern traut nur jeder Fünfte (19 Prozent) Armin Laschet das Amt des Bundeskanzlers zu.



## Nächste Bundesregierung: Sechs von zehn für SPD-geführtes Kabinett

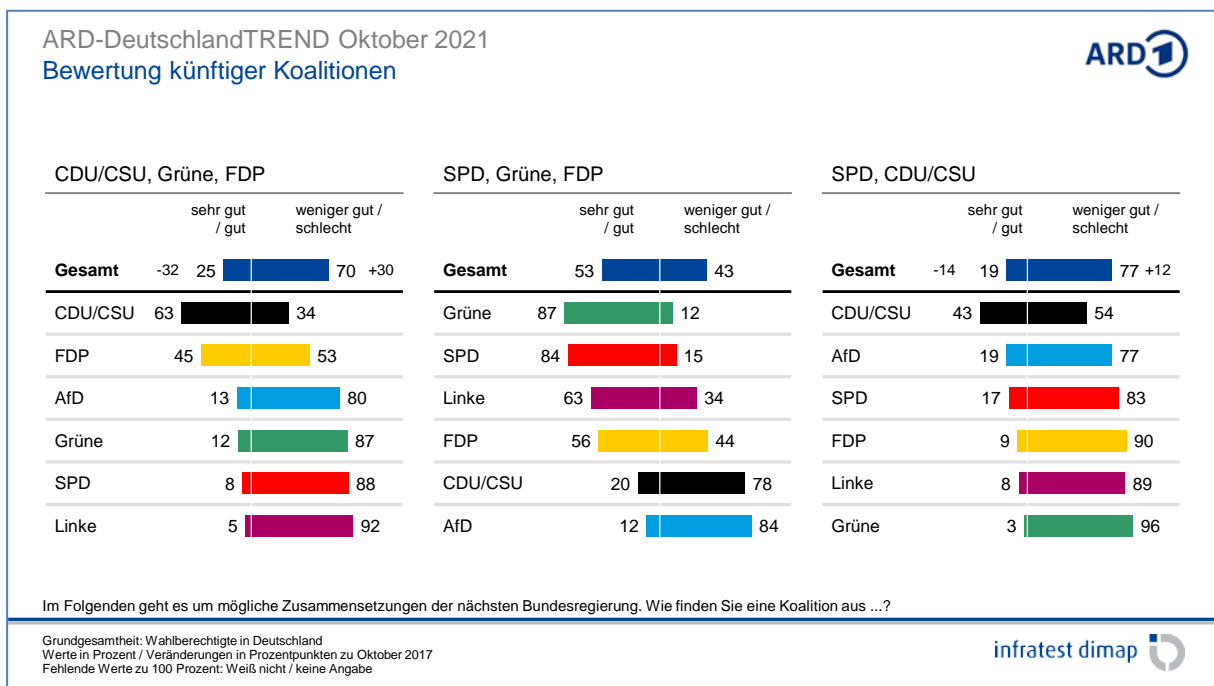
Nicht nur die personellen Sympathien, auch die Regierungspräferenzen der Bundesbürger favorisieren am Beginn von Sondierungsgesprächen die SPD: Gut sechs von zehn Wahlberechtigten (63 Prozent) sprechen sich für ein Kabinett unter sozialdemokratischer Führung aus, jeder Vierte (24 Prozent) für eine Regierung unter Führung der Union. Die Grünen-Anhänger ziehen ein SPD-geführtes Kabinett einem Bündnis unter Unions-Führung eindeutig vor (94:3 Prozent). Im Vergleich hierzu sind die FDP-Anhänger in ihrem Urteil weniger klar festgelegt. Aber auch bei ihnen findet ein SPD-geführtes Kabinett derzeit eine erkennbar größere Unterstützung als eine Bundesregierung unter Unions-Führung (54:37 Prozent).





## Koalitionsbewertungen: Ampel besser bewertet als Jamaika

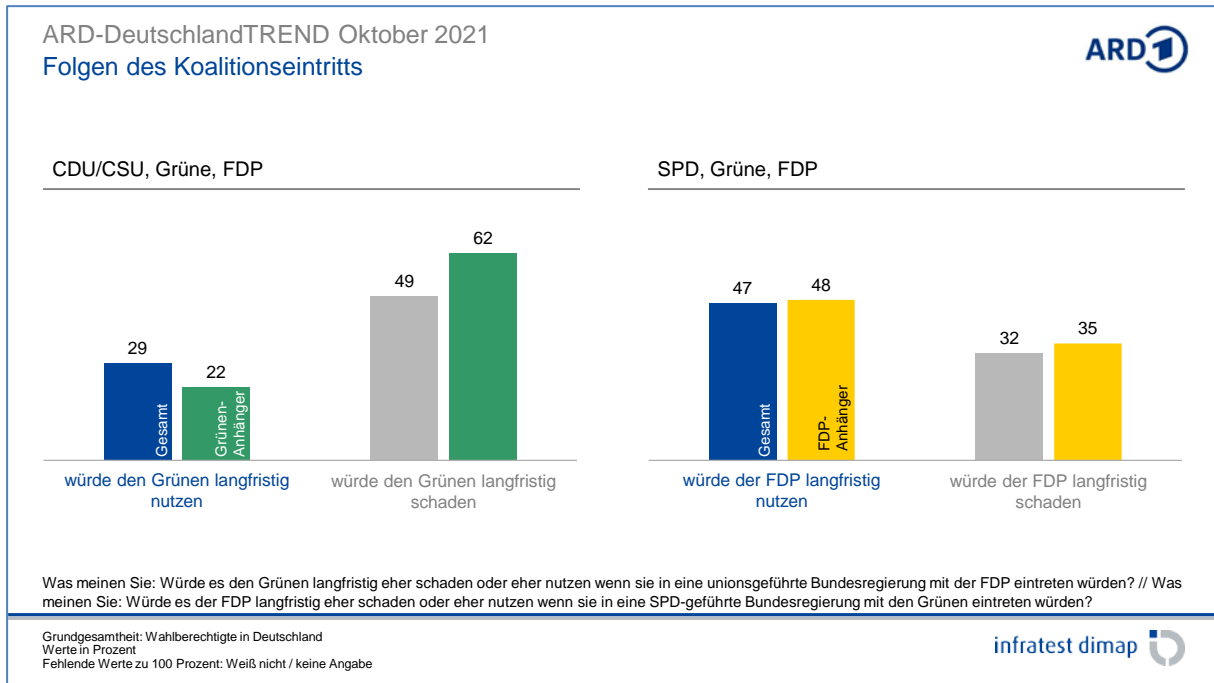
Grüne und FDP haben mittlerweile bekannt gegeben, dass sie zunächst Sondierungsgespräche mit der SPD über die mögliche Bildung eines rot-grün-gelben Regierungsbündnisses führen wollen. Eine solche Ampelkoalition wird von den Bundesbürgern deutlich besser bewertet als eine Regierung aus Union, Grünen und FDP. Gut die Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent) beurteilt ein Bündnis aus SPD, Grünen und FDP sehr gut bzw. gut, 25 Prozent eine Jamaika-Koalition. Damit stößt ein Jamaika-Bündnis auf einen deutlich geringeren Rückhalt als noch vor vier Jahren, als sich nach der damaligen Bundestagswahl Union, FDP und Grüne erstmals um eine gemeinsame Regierung im Bund bemühten. Ein politisch derzeit nicht diskutiertes, rechnerisch gleichwohl mögliches Bündnis von SPD und Union überzeugt aktuell jeden fünften Bundesbürger (19 Prozent). Auch ein erneutes Zusammengehen der einstigen Volksparteien findet damit weniger Unterstützung als 2017.



Die Grünen-Anhänger bewerten mit 87 Prozent eine Ampel-Koalition mehrheitlich positiv, ein Jamaika-Bündnis dagegen klar kritisch (12:87 Prozent). Die FDP-Anhänger sind in ihrem Urteil zu Jamaika wie zur Ampel eher gespalten. Rot-Grün-Gelb (56:44 Prozent) schneidet in ihrer Bewertung unter dem Strich allerdings ebenfalls besser ab als Schwarz-Grün-Gelb (45:53 Prozent).

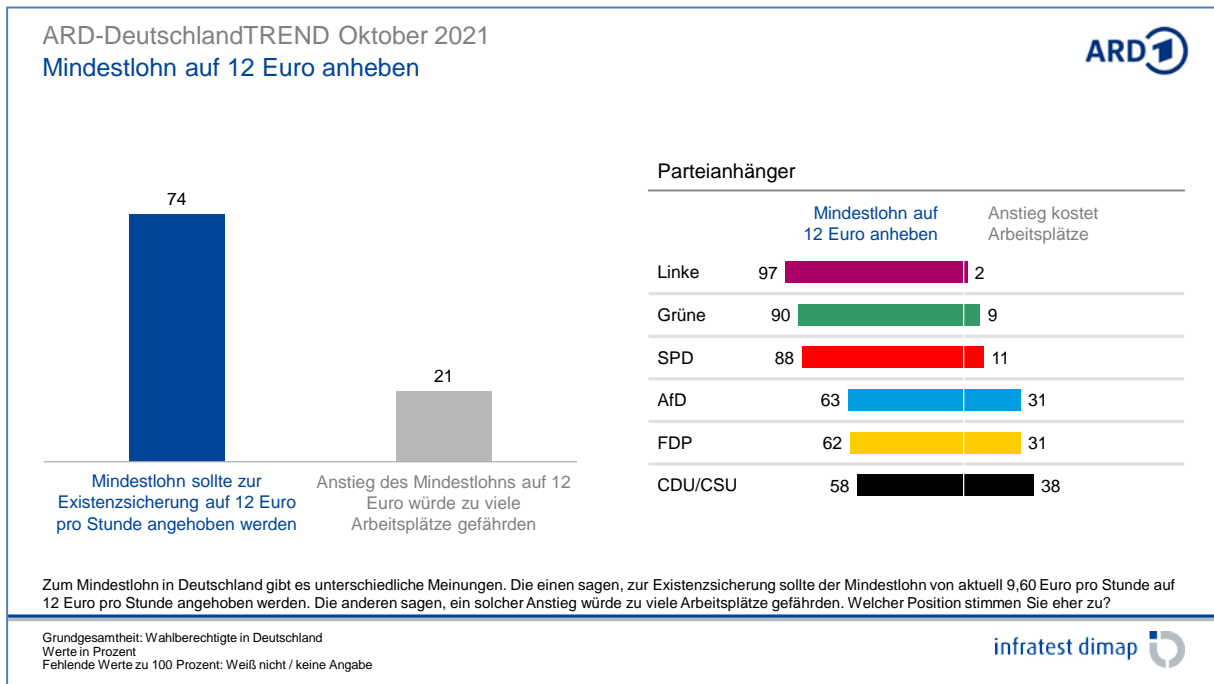
## Grünen-Anhänger mit großen Vorbehalten gegenüber Jamaika

In den Reihen der Grünen bestehen gegenüber einem Jamaika-Bündnis deutliche Vorbehalte. Sechs von zehn Grünen-Anhängern (62 Prozent) glauben, dass ein Eintritt in ein unionsgeführtes Kabinett mit den Liberalen im Bund ihrer Partei langfristig schaden würde, ein Fünftel (22 Prozent) teilt diese Bedenken nicht. Von den Bundesbürgern insgesamt gehen 49 Prozent von Nachteilen für die Grünen aus, drei von zehn (29 Prozent) von Vorteilen für die Partei.

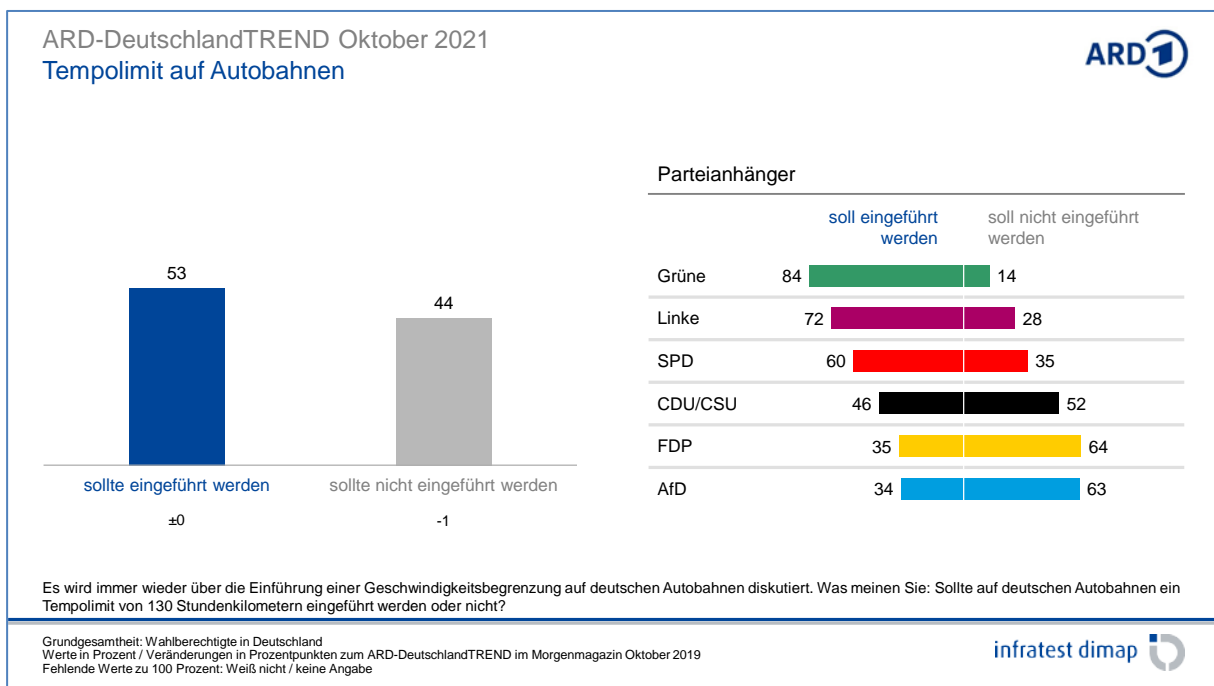


Bei den FDP-Anhängern sind Vorbehalte gegenüber einem Eintritt in ein SPD-geführtes Bündnis mit den Grünen weniger stark ausgeprägt. Zwar glaubt gut jeder dritte FDP-Anhänger (35 Prozent), dass eine Ampel-Koalition für die Liberalen langfristig nachteilig wäre. Knapp die Hälfte (48 Prozent) der FDP-Anhänger rechnet jedoch damit, dass dieses Bündnis den Liberalen auf lange Sicht eher nützt. Von den Bundesbürgern insgesamt erwarten 32 Prozent Nachteile für die FDP, 47 Prozent vermuten dagegen positive Folgen für die Liberalen.

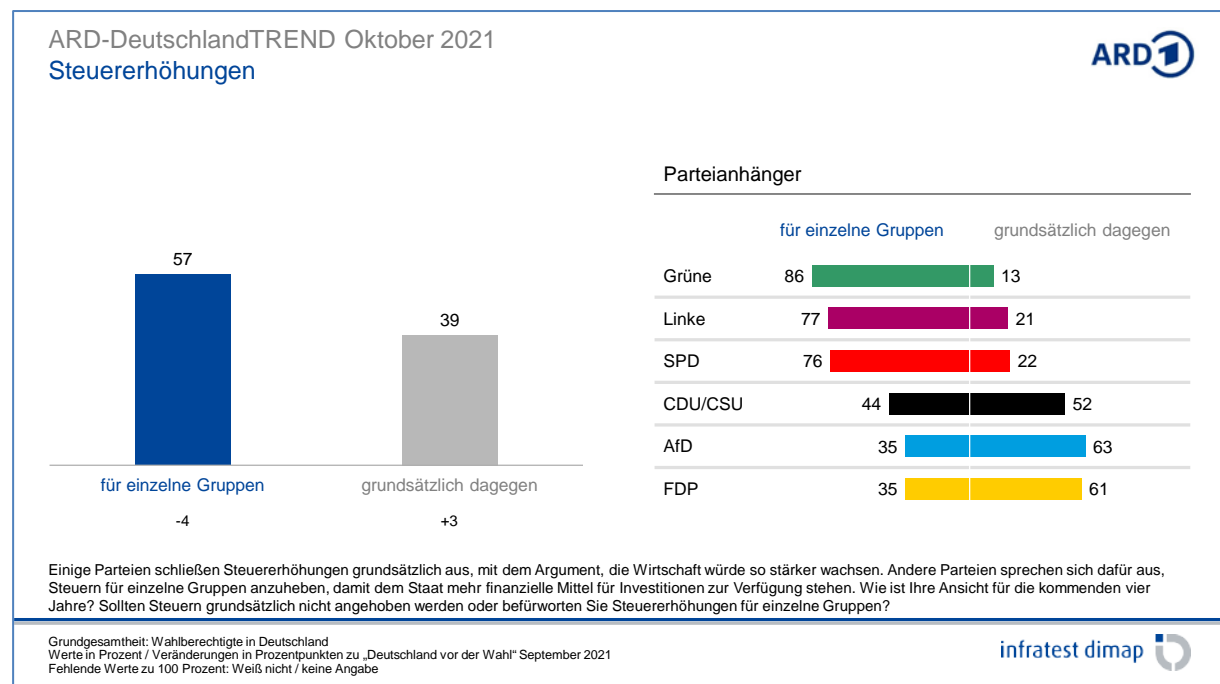
## Tempolimit und Steuern als mögliche Streitpunkte von Koalitionsverhandlungen



Als mögliche Streitpunkte gelten vor den Koalitionsgesprächen Fragen der Arbeitsmarkt-, Verkehrs- und Steuerpolitik. Eine Mindestlohnanhebung auf 12 Euro, wie sie von der SPD im Wahlkampf gefordert wurde, ist in der Bevölkerung kaum umstritten. Einen solchen Schritt befürworteten drei Viertel der bundesdeutschen Wahlberechtigten (74 Prozent), er findet auch Zuspruch bei jeweils sechs von zehn Anhängern der Union (58 Prozent) und FDP (62 Prozent).

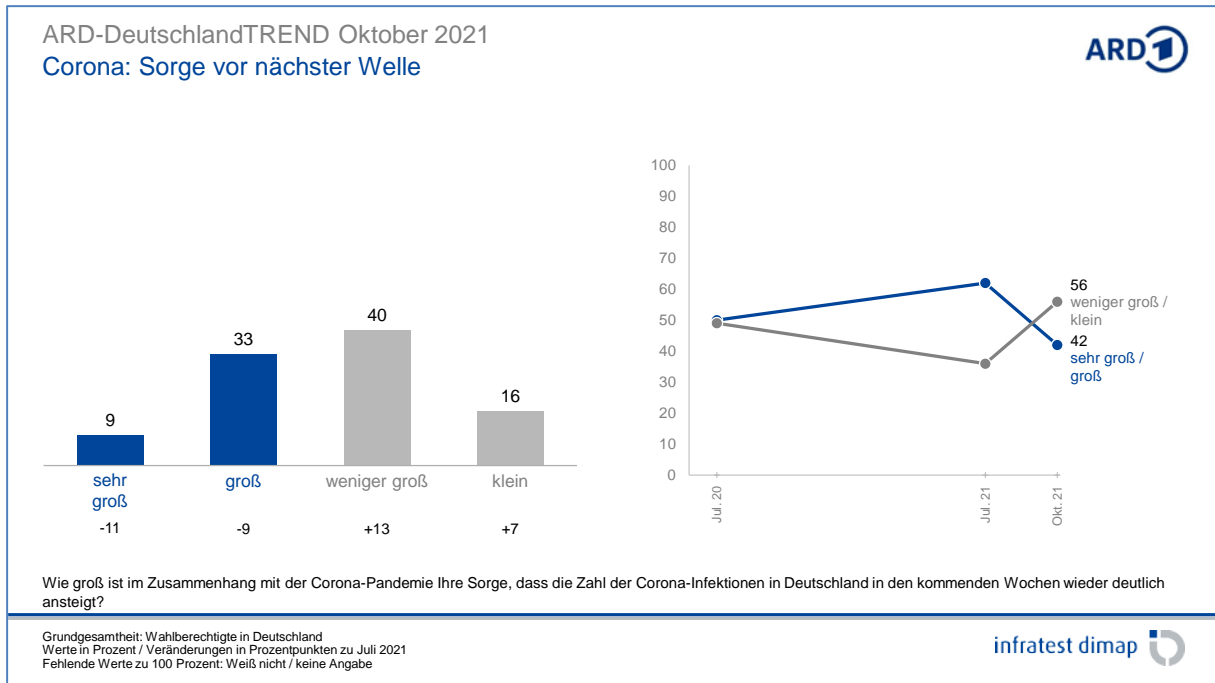


Kontroverser wird in der Bevölkerung, vor allem aber in den Reihen potenzieller Koalitionspartner die Grünen-Forderung nach einem generellen Tempo-Limit von 130 km/h auf Autobahnen diskutiert. Die Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent) befürwortet dessen Einführung, gut vier von zehn (44 Prozent) lehnen es ab. Neben den Grünen-Anhängern (84 Prozent) stehen die SPD-Anhänger (60 Prozent) einem solchen Tempolimit mehrheitlich offen gegenüber. Dagegen stößt ein Tempolimit in den Reihen der Union (46:52 Prozent), mehr noch aber der FDP (35:64 Prozent) auf Widerspruch. Für ähnlichen Konfliktstoff sorgen unterschiedliche steuerpolitische Positionen der Parteien. Einen Verzicht auf Steuererhöhungen, ein zentraler Programmpunkt von FDP und Union im Bundestagswahlkampf, unterstützen 39 Prozent der Bundesbürger, 57 Prozent würden Steuererhöhungen für einzelne Bevölkerungsgruppen dagegen durchaus begrüßen. Während die FDP-Anhänger einen generellen Verzicht auf Steuererhöhungen am deutlichsten unterstützen (61 Prozent), stehen die Grünen-Anhänger (86 Prozent) mehr noch als die der SPD (76 Prozent) Steuererhöhungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen offen gegenüber.

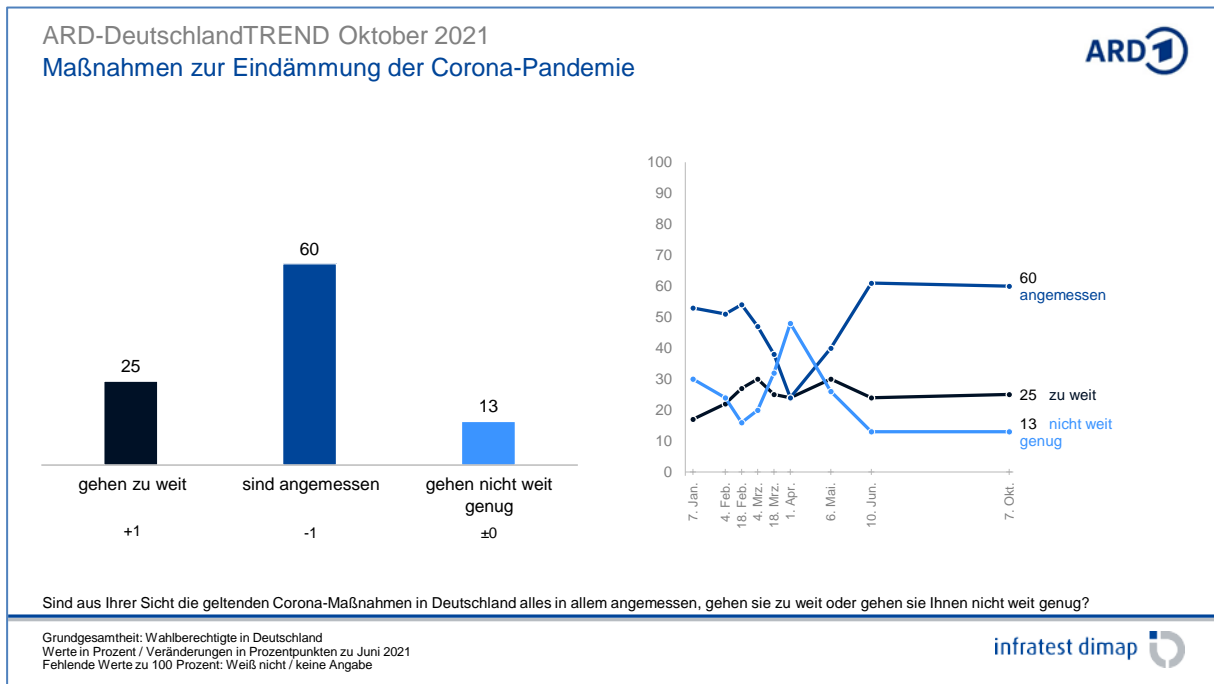


## Sorge vor bevorstehender Corona-Welle niedriger als im Sommer

Die Corona-Infektionslage war in Deutschland zuletzt wieder leicht rückläufig gewesen, knapp zwei Drittel der Bundesbürger sind mittlerweile vollständig geimpft. Beides trägt dazu bei, dass sich mit 42 Prozent derzeit deutlich weniger Bundesbürger Sorgen vor einem erneut deutlichen Anstieg der Infektionszahlen machen als noch im Sommer. Vor drei Monaten war mit 62 Prozent noch eine Mehrheit in Sorge, dass die Infektionszahlen in Deutschland erkennbar zulegen könnten.



## Zuspruch für Abschaffung der Maskenpflicht im Unterricht

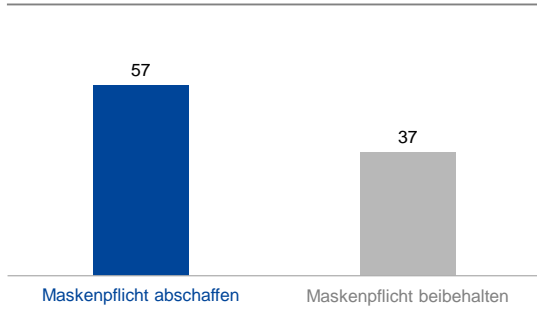


Während die Sorge vor steigenden Infektionszahlen in den letzten Monaten gesunken ist, hat sich die Unterstützung für geltende Corona-Regularien in Deutschland kaum verändert. Wie im Juni bezeichnen auch aktuell sechs von zehn Wahlberechtigten (60 Prozent) bestehende Corona-Maßnahmen im Grundsatz als angemessen. Für 13 Prozent gehen sie nicht weit genug, während weiterhin jeder vierte Wahlberechtigte (25 Prozent) Übertreibungen beklagt. Der mehrheitliche Zuspruch der Bundesbürger zu den Corona-Maßnahmen schließt die Befürwortung von punktuellen Lockerungen allerdings nicht aus. So unterstützen sechs von zehn Bundesbürgern (57 Prozent) Initiativen zur Abschaffung der Maskenpflicht an Schulen, bei den Eltern von Schulkindern sind es sieben von zehn (71 Prozent).

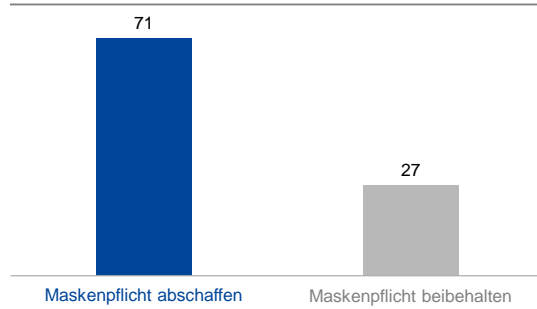
ARD-DeutschlandTREND Oktober 2021  
Maskenpflicht an Schulen



Gesamt



Schulpflichtige Kinder im Haushalt



Aktuell wird über die Maskenpflicht für Schüler im Unterricht diskutiert. Die einen sagen, die Maskenpflicht an Schulen sollte abgeschafft werden, da sie den Unterricht behindert und die Corona-Infektionszahlen bei Kindern gering seien. Die anderen sagen, die Maskenpflicht sollte an Schulen weiterhin beibehalten werden, da Kinder und Jugendliche zu großen Teilen nicht gegen Corona geimpft sind. Welcher Position stimmen Sie eher zu?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent  
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

## ARD-DeutschlandTREND Oktober 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Simone Thies	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon*- und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.318 Befragte (862 Telefoninterviews und 456 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten	
Erhebungszeitraum	04. bis 06. Oktober 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0